

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die "Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Preis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben.
Im Fall höherer Gewalt (Krieg ob. sonst) werden die Abonnements des Vertriebs der Zeitung, d. Weiterleitung ob. d. Weiterleitungskosten hat der Bezieher keinen Anspruch auf Weiterleitung oder Nachlieferung der Zeitung ob. Rückzahlung des Bezugspreises.

Poststelle-Konto Leipzig Nr. 29148.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen "Neue Illustrierte", "Mode und Heim" und "Der Kobold".

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittag 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Die Erteilung des Anzeigen-Preises wird bei eintretender Aenderung eine Nummer vorher bekanntgegeben.
Jeder Anspruch auf Nachahmung erlischt, wenn der Anzeigen-Bezug durch Klage eingezogen werden muss oder wenn der Nutzungsgeber in Konkurs geht.

Gemeinde-Giro-Konto Nr. 136.

Nummer 42

Freitag, den 6. April 1928

27. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Rassenzeit im Rathaus.

Die Rassen im Rathaus sind von heute ab für den öffentlichen Verkehr wie folgt geöffnet:

1. Gemeindeläufe, Schülafäße, Wasserwerke- und Gaswerks-

fäße, sowie Steuerzahnmache:

Montags bis Freitags, vorm. 8 — 1 Uhr,

Sonntags nachm. 4 — 1/4 6 "

2. Spar- und Girofäße:

Montags bis Freitags, vorm. 8 — 1 Uhr,

Sonntags nachm. 1/2 3 — 1/4 6 "

3. Sonnabends vorm. 8 — 12 "

Die Einwohnergemeinde wird um Beachtung dieser Rassen, gelten gebeten. Außerhalb der angeordneten Rassenzähnenden können im Interesse einer geordneten Buch- und Rassen-

Führung Abschaffungen nicht erfolgen.

Ottendorf-Okrilla, am 3. April 1928.

Der Bürgermeister.

Schweine-Impfung.

Der Verwaltungsausschuss der Anstalt für staatliche Schlachtwieherversicherung hat beschlossen, auch in diesem Jahr den Schweinhaltern Verluste, die in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1928 bei Schweinen durch Beanstandung des Fleisches wegen Rollaus oder Backsteinblättern (milde Form des Rollaus) eintreten, in der gesetzlich vorgesehenen Höhe zu entschädigen. Voraussetzung hierfür ist, daß die betreffenden Tiere von einem approbierten Tierarzt zum Schutz gegen Rollaus geimpft worden sind.

Bei unterliebener Schutzimpfung wird in der Regel nur die Hälfte der Entschädigung gewährt, insofern diese nicht ganz zu verlagen ist.

Als Nachweis der erfolgten Schutzimpfung gilt eine vom Impfarzt ausgestellte Bescheinigung, die der Tierhalter in jedem Falle der Schlachtung eines Schweines aus seinem Besitz bei der Schadensfeststellung vorzulegen hat.

Da die Schutzimpfungen bis

31. Mai ds. Jrs.

durchzuführen sind, werden die Schweinhalter ersucht, die Schweine möglichst bald beim Tierarzt Herrn Dr. Steinbach hier anzumelden.

Ottendorf-Okrilla, am 4. April 1928.

Der Bürgermeister.

Vertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla den 5. April 1928.

Österkartenporto. Ohne Umschlag versandte gedruckte einfache Österkarten, die den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabes als auch im Fernverkehr 3 Pf. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Abhängerangaben (Absendungs-, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders usw.) noch weitere fünf Worte, die aber mit dem gebrochenen Wortlaut in leicht erkennbarem Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche geläufige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze "lebend", "Ihre", "Dein Freund", "sendet Dir", "sendet mir besten Grüßen Ihre" usw. Werden solche Karten im offenen Umschlag verhandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgabebereiches wie auch nach außerhalb 5 Pf. Unzureichend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet.

Modernere Übergläubigkeit, die flandrische Glückskette. Wir sind stolz darauf, Menschen des 20. Jahrhunderts zu sein und rümpfen die Nase über die geistige Beschränktheit unserer Vorfahren. Der moderne sein wollende Mensch dünkt sich erhoben über Religion und Gottesglauben und alles das was unseren Vätern in Zeiten der Bedrängnis Halt und Stütze war. Man lädt mitleidig über diejenigen, welche noch Sonntags ihren Kirchgang halten. Dabei stehen Wahnsinn und Geizhändterei in hoher Blüte, und der Kaffeelos oder das Kartenspiel gelten bei vielen mehr als die Bibel und Gebetbuch. Die Spekulanten auf die menschliche Dummheit machen bestreite Geschäfte denn je. Ein typisches Beispiel auf die menschliche Dummheit und denn Übergläubigkeit ist folgender Brief, den uns ein Leser zur Verfügung stellt: Immer größere Strecken der im Bau befindlichen neuen

Die flandrische Glückskette wurde mir ins Haus geschickt, ich schicke sie Dir um sie nicht zu unterbrechen. Schreibe diesen Brief dinnen 24 Stunden ab und sende ihn 4 Personen, denen du Glück wünschst. Die Kette darf nicht unterbrochen werden. Wer sie unterbricht wird Unglück haben. Die Kette wurde von einem amerikanischen Offizier begonnen und soll dreimal um die Erde wandern. Es ist merkwürdig wie sich diese Prophezeiung bis jetzt erfüllt hat, seit die Kette begonnen hat. Schreibe diesen Brief ab und beobachte, was am 4. Tage (nach Absendung) geschieht. Am 4. Tage wird du Glück haben. Sende die 3 anderen mit diesem ab, behalte ihn nicht. Man sollte kaum glauben, das vernünftige Menschen auf solchen Affenwindeln hereinfallen. Aber die Tatsache, daß der Brief weitergeleitet wurde beweist, daß trotz aller Fortschritte der Wissenschaft und des äußeren Lebensstandards das allgemeine Geistesniveau unverändert bleibt. Ich sage dies, weil es mir scheint, daß die Menschen auf solchen Affenwindeln hereinfallen. Aber die Tatsache, daß der Brief weitergeleitet wurde beweist, daß trotz aller Fortschritte der Wissenschaft und des äußeren Lebensstandards das allgemeine Geistesniveau unverändert bleibt.

N a d e b u l . Am Dienstagvormittag wurden in einem Zimmer des Hauses Arndtstraße 21 ein Fabrikant und ein aus Oberösterreich stammendes Fräulein tot aufgefunden. Beide hatten durch Einnehmen von Brandoli ihren Tod ein Ende gemacht. Der Fabrikant, der in München verheiratet ist, hatte vergleichlich die Scheidung seiner Ehe betrieben.

D ö b e l n . In den Räumen des Landesproduktions-Holz- und Kohlengeschäfts von Gräfe brach Feuer aus, das die Lagerräume völlig vernichtete. Die umliegenden Wohnhäuser konnten gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung. Der Inhaber der Firma wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Vom Brandenburger Tor zu den Königspyramiden.

(14) Als wir wieder — wie schon so oft — ganz allein durch die Nacht unseres Weges ziehen, hören wir plötzlich ein orgelähnliches Brausen. Wir halten an, steigen ab und gehen den Brausen nach, bis wir in einiger Entfernung die schwarzen Umrisse einer Mauer erblicken. Das Brausen wird immer stärker, und als wir ganz dicht herantreten, sehen wir im schwachen Schein des Mondlichts am Ufer eines Flusses eine alte steinerne Wasserrleitung mit ihren gewaltigen hohen Bögen und erkennen auch woher das melodische Brausen, mit seinen bald hohen, bald tiefen Tönen kommt: Am Ende des Aquädukts befindet sich ein riesiges, eisernes Rad von etwa 25 m Durchmesser, das sich dauernd dreht und jene eigenartlichen Töne hervorbringt. Es ist das erste Wasserrad am Oronites, die wir in Hama und Umo gebung noch mehr sehen sollten. Von der Strömung des Oronites getrieben, schöpfen sie aus demselben Fluss, der sie in Bewegung setzt — ein perpetuum mobile in seiner Art — Wasser, das auf großen Aquädukten in die Stadt und auf die Felder geleitet wird.

Eine Viertelstunde später erreichen wir Hama, eine arabisch geprägte Mittelstadt, in die noch wenig europäische Kultur eingedrungen ist, winden uns durch die engen Gassen des jetzt am Abend verlassenen Bazaars hindurch und lassen uns zu dem einzigen Hotel, einem arabischen aber sauberen Gasthaus, führen. Es ist Silvester-Abend. Mit Mühe treiben wir zu der späten Nachstunde in einem Laden noch eine Flasche Wein auf — die arabischen Hotels sind nur Abseggartiere und weder Speisen noch Getränke sind dort zu bekommen — und feiern Abschied vom alten Jahr. Gerade unserem Zimmer gegenüber, neben der Oronotsbrücke, drehen sich unaufhörlich 2 Wasserräder und singen uns mit ihrer eindringlichen Melodie in den ersten Schlaf des neuen Jahres hinein.

Am Neujahrsmorgen sehen wir die Fahrt auf denselben Wege weiter nach Süden fort. Bald erscheinen rechts vor uns die Berge des Antilibanon die uns nach Damaskus begleiten. Nach Hama wird die Straße zunehmend besser.

Straßen sind bereits fertiggestellt, bis wir schließlich die letzten 60 Kilometer vor Damaskus in ununterbrochenem Zug — eine wahre Erholung nach der Fahrt des vorigen Tages — auf spiegelglatter Asphalt-Straße zurücklegen können.

Damaskus ist zweifellos die am meisten orientalische Stadt in ganz Syrien und Palästina, wenigstens in den Innenvierteln. Keine andere Stadt des nahen Ostens — vielleicht Kairo ausgenommen — besitzt solche ausgedehnte Bärate, in denen sich ja in erster Linie das öffentliche Leben des Orients am Tage abspielt. Genau wie es in den deutschen Städten des Mittelalters der Fall war, sitzen hier die einzelnen Gewerbe beieinander. Dort in jener Straße hämmern die Kupferschmiede an Kannen und Bechern; in der nächsten suchen die Buben der Brotbäcker, in denen auf Pflanzen das flache Brot gebacken wird, das der Arbeiter gerne warm ist. Daneben formen die Kuchenbäcker ihr kleines mit kalter Zuckerahne überzogenes Gebäck. Eine Straße weiter sitzen Bude an Bude die Drechsler und drehen Lüschbeine, in der einen Hand ein Vogenzähnliches Gerät mit dessen Sehne das runde Holzstück dauernd in drehender Bewegung gehalten wird, während die andere Hand blitzschnell das Werkzeug in das Holz hineinführt. Dort meißeln die Schuhmacher aus rohen Holzpantoffeln kleine dreieckige Stücke heraus, um sie mit Verlmutter auszufüllen. In der nächsten Gasse die Tuchhändler und Schneider, dort die Barbiers, die ihre Kunden in aller Offenheit auf der Straße rasiert. In der Reihe der Teppichhändler benutzt ein alter Kaufmann eine Geschäftspause, um im Koran zu lesen, unbekümmert um den Lärm ringsum hört er auf einem Teppich und murmelt Gebete vor sich hin. Alles das spielt sich in offenen Buden auf der Straße ab. Und zwischen den Buden wogt unablässig ein Strom von Menschen. Bäckerei und Apfelsinenhändler schreien ihre Waren hinaus, Bettler rufen Allah um Hilfe an und stehen einen Schuh auf die Milbtätiere herab, dort badet sich ein Reiter auf seinem Stiel mühsam seinem Weg durch die Menschenmassen. Ein unablässiges Drängen und Schieben und Fluten und Zermahlen den ganzen Tag über bis bei Sonnenuntergang die Handwerker ihre Buden schließen, die Wogen des Verkehrs abbrechen und nach einer halben Stunde das ganze am Tage so belebte Viertel totstill daliegen.

Von Damaskus nach Baalbek: so kurz die Entfernung ist — etwa 115 km. — so weitestgehend sind die Dinge von einander verschieden. Dort pulsiert das volle Leben des Orients, hier in den Ruinen des antiken Heliopolis weht der Geist des klassischen Altertums.

Fortsetzung folgt.

Sport.

Freitag den 6. April 1928.

Fußball.

Kloßsch. I. — Jahn I.

Ansatz nachm. 3 Uhr in Kloßsch.

Kirchenachrichten

Karfreitag.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl.

Abends 8 Uhr Kirchenkonzert mit anschl. Abendmahl.

Weisse Zähne

(Übler Mundgeruch beseitigt.)

(Ein Urteil von vielen: Ich möchte noch bemerken, daß ich seit langen Jahren nur Chlorodont-Zähne habe gebraucht, da mich keine andere Zahle, mag sie noch eins in den fliegenden Namen tragen, so befriedigt wie diese. Ich bin 45 Jahre, bin auf ein paar gelegene Zahnerfälle habe ich keinen einzigen schlechten Zahnen. Tropen ich lebt sehr häufig hier, wundern sich meine Bekannten über das blendend weiße Aussehen meiner Zähne und über mein sonst noch volles idyllisches Gedächtnis, was welches ich viel benötigt werde. Seit über 25 Jahren kann ich keine Zahnschmerzen. Vielleicht interessiert Sie dies. Bensberg, 5. 2. (Originalatlas bei meinem Arzt hinterlegt.) Nr. 4

Überzeugen Sie sich selbst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., grobe Tube 1 Mr., Chlorodont-Zähnebüchsen 1.25 Mr. für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Zähnebüchsen 1.25 Mr. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Wen verläßt nur echt Chlorodont und weiß jeden Testfall dafür zurück.

80 mm



Chronik des Tages.

— Amerikanische Zeitungen verbüßten Meldungen über ein angebliches Attentat auf Trotski.

— Die Revisionsverhandlung im Prozeß Treitschke ist vom Berliner Kammergericht auf den 26. April überaupt worden.

— Südlawien will die serbische Vorkriegsschuld an Frankreich in Papierdinars zurückzahlen, da Frankreich Goldabgabe verlangt, dürfte die Frage vor das internationale Schiedsgericht kommen.

— Zeitungsmeldungen aus folge liegt die letzte österreichische Kaiserin Zita in San Sebastian schwer krank in einer Klinik danieder.

— Bei dem Reitenskund im Würzburger Stadtpark handelt es sich um die Leiche eines Selbstmordes des 59 Jahre alten Produktenhändlers Schmalz aus Frankfurt a. O.

— In einem Steinbruch bei Schirmeck (Bogesen) wollten drei Arbeiter das Pulver einer aufgelösten deutschen Granate zu Sprengungen verwenden. Das Geschos explodierte plötzlich und töte die drei.

Heer und Krieg der Zukunft.

Der frühere Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt hält in der Deutschen Gesellschaft von 1914 einen Vortrag über Heer und Krieg der Zukunft. Den fesselnden Ausführungen, die Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft behandelten, wohnten Ehrenamtliche des öffentlichen Lebens bei, ferner Reichswehrminister Groener und zahlreiche Offiziere unserer Wehrmacht. Generaloberst v. Seeckt zeichnete zunächst ein eindrucksvolles Bild von dem Zustand des Heereswesens beim Kriegsausbruch und sah seine Aussicht über den Ausgang des Weltkriegs dahin zusammen, daß der Weltkrieg nicht durch das Versagen der Kräfte der einen Partei beendet wurde, wohl aber durch das Versiegen der Kräfte. In geistvoller Weise setzte sich Generaloberst von Seeckt als dann mit der Gegenwart und den Fragen der Zukunft auseinander.

Den vorausichtlichen Verlauf eines Zukunftskrieges glaubte der Vortragende etwa folgendermaßen abzubilden: Der moderne Krieg beginnt mit einem gegenseitigen Angriff der Luftstreitkräfte. Das Ziel des Angriffs ist nicht die feindliche Hauptstadt und nicht die Vernichtung der Kraftquellen des feindlichen Landes, vielmehr werden die Luftstreitkräfte zunächst alles darauf anlegen, die gesamte Luftmacht vernichtet zu schlagen. Dann erinnern die Siegerstaaten sich neue Ziele.

Als zweiter Kämpfer tritt das Friedensheer auf den Plan, das den durch die Luftstreitkräfte eingelegten Angriff übernimmt und ausweitet. Der Erfolg des Friedensheeres hängt davon ab, wie groß seine Beweglichkeit, seine Entschlossenheit und seine Güte ist, zum andern auch von der Fähigkeit der Führung. Generaloberst von Seeckt ist der Meinung, daß ein kleines, aber aufs beste ausgerüstetes und moralisch hochwertiges Friedensheer weit größere Aussichten hat, schon im ersten Stadium des Krieges eine Entscheidung zu erwirken, als ein Massenheer mit begrenzter Bewegungsfreiheit. Hand in Hand mit dem Ringen der ersten verfügbaren Streitkräfte geht dann die Mobilisierung der gesamten Verteidigungskräfte und die Erschließung aller Kraftquellen.

Wie müssen nun die neuzeitlichen Heere aussehen, damit sie diesen Anforderungen genügen können? Generaloberst von Seeckt will das Friedens- oder Operationsheer aus Berufssoldaten aufzumachen, also aus Freiwilligen, deren Dienstzeit sich nach der Verwendung und deren Zahl sich nach den materiellen Mitteln des Staates und seiner militärisch-geographischen Lage richtet. Da die modernen Verhältnisse die Wehrfähigkeit der ganzen Nation erfordern, forderte der Vortragende, in Anlehnung an das Friedensheer einen aus Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bestehenden Ausbildungsgürtel zu schaffen, der die Jugend zur Wehrfähigkeit auszubilden hat. Die Voraussetzung einer kurzen militärischen Ausbildung müsse jedoch darin gesehen werden, daß die Jugend zuvor körperlich und geistig geschult werden sei, und das sei nur unter staatlichem Zwang möglich. Ebenso wie für die Mobilisierung der Menschenkraft, müsse in Friedenszeiten auch für die Erschließung der wirtschaftlichen Kräfte gesorgt werden. Hierbei verpflichtet Generaloberst v. Seeckt von Vorlehrungen zur raschen Umstellung der Industrie von der Friedensproduktion auf den Krieg mehr, als von der Aufstellung riesiger Rüstungsvorräte, die ungeheure Geldverschwendungen und — veralten.

Die Ausführungen des Vortragenden gipfelten also in der Feststellung, daß die modernen Verhältnisse kleine und schlagfertige Friedens- oder erforderlich, die entweder sofort eine Entscheidung herbeiführen, oder doch die Mobilisierung der gesamten Verteidigungskräfte ermöglichen, während die Luftstreitkräfte sich gegenzeitig in Schach halten. Deutlich wies Generaloberst von Seeckt schließlich noch auf die Mängel der Massenheere hin. Mit Massenheeren könne man zwar den Gegner erdrücken, siegen könne man jedoch nicht mit ihnen, und ob Massenheere im Sinne entscheidungsfähiger Strategie noch führbar seien, stehe sehr in Frage. Wer eine Ahnung davon habe, welche technischen Kenntnisse erforderlich seien, um das Feuer einer modernen Artillerie zu leiten, der wisse, daß die Masse gegenüber einer kleinen Zahl fähigeren Techniker auf der Gegenseite nur dem Verderben preisgegeben sei. Oberster Grundsatz der Kriegskunst sei die Vernichtung des feindlichen Heeres, nicht aber die Vernichtung des Landes.

Generaloberst von Seeckt hat somit ein Gemälde gezeichnet, bei dem militärisches Wissen und Einschätzungswert in die Zukunft den Platz führen. Heute kann die deutsche Wehrmacht dem von Seeckt geforderten schlagfertigen und kleinen Friedensheer noch nicht gleichgestellt werden. Einmal ist eine derart lange Dienstzeit wie die, die der Reichswehr aufgewandt wurde, auf die Dauer ein Ding der Unmöglichkeit, zum anderen hat Deutschland keine Handhabe um den Einsatz seiner Volks- und Wirtschaftskraft vorzuweisen. Ganz besonders bedauernlich ist ferner, daß man uns in Versailles nur einen passiven Frieden zugesagt hat. Als Gesamturteil über den Vorfall ist zu sagen, daß Seeckts Ausführungen erneut zeigen, wie dringend Deutschland Sicherheit bedarf.

Der Botschafterbesuch in Rostow.

Dr. Schliep berichtet über die Lage der verhafteten Deutschen. — Nervenzusammenbruch des deutschen Sozialisten Maier.

Der Legationschef der deutschen Botschaft in Moskau Dr. Schliep telegraphiert folgenden Bericht über seine Unterredung mit den im Donezgebiet verhafteten deutschen Ingenieuren:

„Ich hatte am 3. April im Gefängnis der G.P.U., in dem Maier, Otto und Badstieber untergebracht sind, in Begleitung dreier Beamter der G.P.U. eine Unterredung mit den Verhafteten, die auf zehn Minuten beschränkt war. Die Verhafteten, die einzeln vorgeführt wurden, erklärten, daß sie seit dem 15. März in Einzelzellen untergebracht seien und daß seitdem die Unterbringung keinen Anlaß zu Beschwerden gebe. Sauberkeit, Waschgelegenheit, Toilettenverhältnisse und Essen seien zufriedenstellend. Maier stieg über seine Unterbringung vor dem 15. März. Bis dahin sei er in einem engen Raum mit 15 Mann zusammen gewesen. Auch Badstieber bezeichnete seine Unterbringung bis zum 15. März als sehr beengt. Otto erklärte dagegen, er sei auch anfangs, als er mit Maier zusammen untergebracht war, bevorzugt behandelt worden. Der Gesundheitszustand von Otto und Badstieber ist gut. Maier erklärte, am Sonnabend nach seiner Vernehmung einen Nervenzusammenbruch erlitten zu haben, so daß seit dieser Zeit bewegungslos sei.“

Legationschef Schliep beantragte die sofortige ärztliche Untersuchung des Verhafteten, wozu sich die Sowjetbehörden bereit erklärten. Ferner forderte Dr. Schliep die Überführung Maiers in ein Krankenhaus. Maier erhielt von der Botschaft eine Geldunterstützung, die beiden anderen Deutschen waren genügend mit Geld versehen. Sämtliche Verhafteten beantragten die Bestellung eines Verteidigers. Neben Ort und Termin des Prozesses ist nach den Aussagen der G. P. U. eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Ausschreitungen in Ostoberschlesien.

Polnische Außäandische überholten eine Gruppe Arbeitsloser!

Die systematisch ausgezogene polnische Aktion gegen den Präsidenten der Gemeindischen Kommission Calendor und die damit verbundenen deutsch-schlesischen Auseinandersetzungen führen allmählich zu Auswüchsen schlimmster Art! Während der Oberpräsident der deutschen Provinz Oberschlesien Dr. Probst in einer Bekanntmachung der geringfügigen polnischen Minderheit volle Sicherheit garantiert, lassen die polnischen Behörden es bedauerlicherweise an der nötigen Energie fehlen. So verblieb jetzt eine Reihe Außäandischer in Michałkowitz schwere Ausschreitungen. Rädelsführer war der berüchtigte Glanz. Die Polen übersetzten auf der Straße grundlos eine Gruppe von Arbeitslosen, unter denen sich auch einige italienische Staatsangehörige befanden. Der Arbeitslose Brandtow wurde blutig geschlagen, so daß er nur mit Mühe das Polizeiamt erreichen konnte. Der 65 Jahre alte Abwälde Bury, der ohnachtlos den Weges kam, wurde ebenfalls blutig geschlagen. Die Außäandischen terrorisierten sodann eine Zeitlang das ganze Dorf und griffen wahllos Leute, die sie für Kommunisten oder Deutsche hielten, an! Glanz wurde verhaftet, jedoch nach Feststellung seiner Personalien wieder entlassen.

Niederschlesien fordert Hilfsmahnahmen.

Eine Entschließung des Provinziallandtags. — Verschärfung der Not durch die Verhältnisse Grenzziehung.

Der niederschlesische Provinziallandtag in Breslau nahm in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Entschließung an, die u. a. besagt: Die in der ganzen Provinz Niederschlesien mit elementarer Wucht zum Ausdruck gekommenen Massenlundgebungen schlesischer Bauern bringen die außordentliche Lage unserer Landwirtschaft zum Ausdruck. In Niederschlesien kommen noch verschärft die Folgen der Grenzziehung durch Versailles hinzu. Außordentliche Maßnahmen sind notwendig, um dem weiteren, unaufhaltlichen Rückgang unserer bisher so hochstehenden Landwirtschaft und damit der schlesischen Gesamtwirtschaft vorzubeugen. Auch die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms kann der schlesischen Landwirtschaft nur vorübergehende Erleichterung bringen. Die niederschlesische Landwirtschaft bedarf besonderer Beachtung und Unterstützung für ihren Wiederaufbau und für ihre weitere Förderung, sonst ist sie der Vernichtung preisgegeben.

Politische Rundschau.

Berlin, den 5. April 1928.

— Der bayerische Ministerialrat Schöbo ist zumstellvertretenden Bevollmächtigten Bayerns zum Reichstag bestellt worden.

— Zur Neufestsetzung der Produktionshöhe tritt das Internationale Stahlkortell am 25. Juni in Düsseldorf zu einer neuen Sitzung zusammen.

— Dr. Hermes bleibt Delegationsführer. Minister a. D. Dr. Hermes, der nach seiner Wahl zum Präsidenten der Vereinigung deutscher Bauernvereine sein Amt als Führer der Delegationen für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zur Verlösung gestellt hat, hat sich auf Wunsch der Reichsregierung zur Weiterführung des Amtes bereit erklärt.

— Reichsminister a. D. Koch-Weyer ist von dem Wahlkreisverband Berlin der Deutschen Demokratischen Partei als Spurenkandidat für die Reichstagswahlen ausgestellt worden. Au zweiter und dritter Stelle stehen Matermeister Paul Koene und Frau Ilse von Hülsen-Reide. Spurenkandidaten für die Landtagswahlen sind Oberregierungsrat Merten und Pfarrer Graue.

— Die italienische Polizei hat einen Wirt in Südtirol wegen der Belästigung von Flugschülern gejagt und nach Rom gebracht.

— Der französische Außenminister Louis Barthou hatte in Rom eine „herzliche“ Unterredung mit Mussolini.

— In Soenewoe senden wütende Kinder den Ränder einer französischen Granate. Der Ränder explodierte. Fünf von den Kindern wurden schwer verletzt.

Rundschau im Ausland.

— Der britische Außenminister Chamberlain begibt sich in den nächsten Tagen zu einem privaten Besuch nach Holland.

— Die albanische Regierung hat wegen einer Typhus-epidemie im Bezirk Dërrid die Grenze gegen Südlawien in einem größeren Abschnitt gesperrt. Südlawien hat Prolet eingelagert.

— Vorbereitungen für eine französische Milliardenanleihe.

— Das „Echo de Paris“ will berichten können, daß Vorbereitungen für die Auslegung einer Milliardenanleihe getroffen werden, die dazu bestimmt sei, die Befreiung der Bank von Frankreich an den Staat abzuhängen. Die Auslegung soll im Mai erfolgen.

Kriegsgerichtsurteil in der „Royal Oak“-Affäre.

— Das britische Kriegsgericht in Gibraltar hat den Kommandanten des Schlachtkreises „Royal Oak“, Daniel, wegen disziplinarwidrigem Verhalten in vier Fällen gegen über Admiral Collard seines Kommandos entbunden und ihm einen strengen Verweis erteilt.

Das Gewaltregiment in Südtirol.

Ein Südtiroler Wirt verhaftet und nach Rom gebracht.

— Gundbrunn, 5. April. Am 18. März wurde der Rötele-Wirt in Möllmann namens Anton Kaslatter zum Karabinierkommando nach Waldbruck bestellt, dort nach seinem Eintritt gesetzelt und dem Bevölkerungsamt in Klause vorgeführt. Man warf ihm vor, er habe Flugschriften, die ihm vom Ausland übermittelt worden seien, an seinen Freunden und Bekanntenkreis weitergegeben. Kaslatter wurde am 21. März nach Rom gebracht, und es wird dort gegen ihn vor dem Sondergericht zum Schutz des Staates die Anklage wegen Hochverrats erhoben. Die Verhandlung soll am 11. April stattfinden.

Vorbereitungen zum Wahlkampf

Konferenz der preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten im Innenministerium.

Unter dem Vorsitz des preußischen Innenministers Greifník fand im Ministerium des Innern eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten mit leitenden Beamten der Ministerien statt. Innenminister Greifník wies einleitend darauf hin, daß die Stimmmung der Landbevölkerung infolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse gereizt und gedrückt sei.

Der Minister behandelte dann

die Ausgaben der Behörden im Wahlkampf und betonte dabei, daß die Behörden im Wahlkampf die Ruhe und die Nerven beibehalten müssten. Es komme nicht darauf an, jeden kleinen formalen Geistesverstoß mit allen Mitteln zu verfolgen. Wichtig sei, große Säuberungen zu verhindern; wo solche vorläufen, müssten sie natürlich unachästlich gehandelt werden. Alle gesetzlichen Bestimmungen seien im Interesse eines möglichst ungehinderten Wahlkampfes so liberal wie möglich zu handhaben. Er habe deshalb den Verwaltungsbüro anheimgestellt, die erlassenen Verbote von Zeitungen und Vereinigungen aufzuheben, ebenso etwa noch bestehende Beschränkungen der Umzugsfreiheit. Die Behörden müssten in enger Verbindung mit den Führern der politischen Parteien stehen, um in Zusammenarbeit mit ihnen eine möglichst reibungslose Durchführung des Wahlkampfes zu sichern.

Im Anschluß an die Ausschreibungen des Innenministers sprachen Vertreter der Regierung über das landwirtschaftliche Notprogramm, die Auflösung der Gutsbezirke und die Gemeindemahlen im Spätherbst. Ministerialrat Schüle referierte über die Wahlvorbereitungen und erklärte,

die Wählerlisten

würden vom 29. April bis zum 6. Mai ausgelegt werden. In Gemeinden, in denen gleichzeitig Gemeindewahlen stattfinden, laufe die Auslegungsfrist vom 15. bis 28. April. Um das Wahlgeheimnis zu wahren, sollten die Wahlbezirke nicht mit den Gutsbezirken zusammenfallen, auch sollte das Gutshaus möglichst nicht Wahllokal sein. Der Referent machte dann noch Mitteilungen über den amtlichen Stimmzettel. Es würden zwei Stimmzettel hergestellt, der für den Reichstag bestimmte in weißer und der für den Landtag in roter Farbe. Beide Stimmzettel werden in einen Umschlag getan.

Wie es gekommen wäre.

Vorsicht bei jedem Reichsschulgefecht.

In Berlin droht ein neuer Schulstreit, weil christliche Eltern nicht damit einverstanden sind, daß gewisse Schulen für jüdische Schüler bereitgestellt werden, die nach dem Willen ihrer Eltern nur einen weltlichen Unterricht genießen wollen. Um beiden Teilen gerecht zu werden, hat der Vertreter des preußischen Kultusministeriums einer Ablösung des Reichs-Elternbundes erklärt, daß Sammelschulen lediglich für die vom Religionsunterricht ordnungsmäßig abgetrennten Kinder eingerichtet würden, und zwar unter möglichster Verübung der berechtigten Forderungen der christlichen wie der weltlichen Elternkreise.

In Preußen fehlt zurzeit die gleiche Grundlage zur Errichtung weltlicher Schulen, weil das Reußelische Reichsschulgesetz nicht durchgegangen ist. Dann wäre die Sache nämlich eine ganz vereinfachte. Das Reußelische Reichsschulgesetz hätte allen Eltern im ganzen Reich ohne Unterschied das Recht zugestellt, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen, von weltlichen und weltanschaulichen Schulen, wie ebenfalls von Privatschulen auf Kosten des Staates zu verlangen. Solche schulische Organisationen für alle diese Schulen lernen Elternbünde organisieren, um die Berechtigung ihrer besonderen Forderungen durchzusetzen. Die Folge wäre ein ewiger Schulriegel in Stadt und Land gewesen.

Zu der Größe, Verbissenheit und Tragik der Schulsämpfe, die das Reußelische Schulgesetz ausgelöst hätte, in der Schulstreit, den wir in Berlin erlebt haben, nur ein ganz schwaches Vorzeigerecht. Die Kriegsgefechte hätten die Steuerzahler tragen müssen. Nach den Berechnungen des Deutschen Städtealtages wären, hätte die Durchführung eines solchen Schulgesetzes viele hundert Millionen Reichsmark beitragen. Es ist jedoch gut, daß wir wenigstens dies sparen.



Und die Verwaltungsreform?

Als die Regierung am Weihnachtsabend dem Landtag die Denkschrift des Präsidenten Schieck zur sächsischen Verwaltungsreform überreichten ließ, kam die Unterhaltung über dieses Problem, das schon bisher viel Zeit und Druckerschwärze in Anspruch genommen hatte, erst recht in Flug. Schon haben Optimisten Parlament und das ganze Volk sich mit Feuerfeder auf das Werk stützen, Millionenersparnisse zeigten sich am nahen Horizont, und überall sollte Zufriedenheit über die neue Organisation der Staatsverwaltung herrschen. Auf diese Blutenträume ist rasch ein Riss gesessen. Viel weiter als zu Weihnachten ist man auch heute noch nicht, nur daß man die Schwierigkeiten jetzt noch deutlicher als ehedem sieht.

Die Aufnahme der Schiedlichen Denkschrift war und ist so: Ein allgemeiner lobt man das Werk und sagt, hier seien endlich einmal praktische Vorstöße gemacht worden, die sich wohl durchführen ließen. Für Einzelheiten müßten natürlich Vorbehaltie gelten. Und nun kommen die Vorbehalte von allen Seiten, Proteste werden aus ihnen, und schon besteht auch eine stattliche Zahl von Gegendenchriften. Den Beamten, den Bürgern, den Wirtschaftskreisen der Stadt A. erscheint es recht und billig oder ist es wenigstens gleichgültig, wenn in der Stadt A. eine Behörde eingezogen werden soll. Für die Stadt A. selbst aber wäre es eine Maßnahme, die zu den schwersten Schädigungen führen müßte, die — um das hierbei besonders beliebte Wort anzuwenden — einfach untragbar wäre. Und umgekehrt wieder schallen die Rufe aus A. Und so geht es auf jedem Gebiete des großen Problems. Besonders aber deuten sich die Fragen der Aufhebung von Amtshauptmannschaften und Amtsgerichten hervor. Und von diesen wieder sieht die Frage der Amtsgerichte jetzt am meisten im Vordergrunde, nachdem sich fürstlich die Dresdener Ortsgruppe der Richterorganisation mit der Arbeit Schiecks beschäftigt — und nicht viel Gutes daran gelassen — hat. Schieck ist allerdings ziemlich weit gegangen; nicht weniger als 27 Amtsgerichte können nach ihm beseitigt werden. Es sind die folgenden Städte: Bernstadt, Herrnhut, Reichenau, Stolpen, Köthen, Oberwiesenthal, Altenberga, Königstein, Lommatzsch, Radeburg, Wildesel, Tharandt, Zöblitz, Golditz, Grobburg, Geithain, Mügeln, Taucha, Elsterberg, Pausa, Schönau, Johanngeorgenstadt, Hartenstein, Löbnitz, Waldenburg und Wildenfels. Man darf wohl annehmen, daß man nicht in Pausa und Bogen diesen Vorschlägen folgen muß, sondern daß in einer Reihe von Städten sehr gewichtige Gründe für die Beibehaltung des Gerichtes sprechen. Und vor allem wäre es falsch, die Einziehung der Gerichte mit der Behauptung zu begründen, daß die dort beschäftigten Beamten nicht genug zu tun hätten. Wer die Verhältnisse an den kleinen Amtsgerichten näher kennt, weiß, daß diese Behauptung völlig falsch ist. Dort erfordern die einzelnen Fälle viel mehr Kleinarbeit als in der Großstadt, weil man sich dabei nicht auf die Masse ähnlicher Fälle berufen kann; jeder neue Prozeß muß, weil er zumeist ohne Vorgang ist, individuell ans neue bearbeitet werden. Die Unmenge neuer Gesetze, nicht zuletzt die Aufwertungssachen, sorgen schon für genügend Arbeit. Diese Überlegung weist allerdings auch darauf hin, daß durch eine bessere Verteilung der Geschäfte, also durch Angliederung an größere Gerichte, doch eine einfache Reform möglich wäre. Es soll hier nicht im einzelnen untersucht werden, in welchen speziellen Fällen die Einziehung des Gerichtes nun wirklich empfehlenswert wäre. Das Beispiel der Amtsgerichte wurde nur gewählt, um zu zeigen, welche trogen Schwierigkeiten der Angriff auf die Verwaltungsreform erwachsen. Es gibt auch noch andere Beispiele. So hat sich eine Auseinandersetzung zwischen dem Innenminister und dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtes über die Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesteuert, und auch über die Frage der Aufhebung der Amtshauptmannschaften wird lebhaft gestritten.

Wo soll man nun anfangen? Ganz tatenlos ist man immerhin nicht geblieben. Jedes Ministerium ist vom Gesamtministerium beauftragt worden, für sein Gebiet Vorschläge zu machen, die dann in einer neuen Denkschrift zusammengefaßt und dem Landtag zugeleitet werden sollen. Die Zeit der Denkschriften scheint also noch nicht ihrem Ende entgegenzugehen. Ein anderer Weg ist aber kaum möglich. Tatsi ist sich dann heraus, daß der Landtag zu einer wirklichen Mitarbeit nicht bereit ist, dann muß man eben versuchen, dem Vorbild Bayerns zu folgen, d. h. die Regierung selbst mit weitgehenden Vollmachten auszustatten. Das eine sollte man sich jedenfalls überall ernst vor Augen halten: daß man dieses Mal die ganze Angelegenheit über die Arta der bloßen Unterhaltung hinaus bringen muß. Aber auch an etwas anderes sollte man noch denken: daß gerade wegen der Wichtigkeit dieses Problems Sachsen eine Regierungskrisis und neuen Landtagswahlkampf absonst nicht branchen kann!

Die Bauwirtschaft im Monat Januar 1928.

Im Freistaat Sachsen sind im Monat Januar 530 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt worden, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 77, Chemnitz 127, Dresden 159, Leipzig 105 und Zwickau 62. Diese 530 Neubauten, von denen 507 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1206 Wohnungen enthalten. Außerdem sind 106 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 171 Wohnungen erteilt worden, von denen 7 Not- und Behelfsbauten mit 10 Wohnungen sein werden.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen worden sind 845 Neubauten mit 2103 Wohnungen. Unter den Bauten befinden sich 423 mit einem und 258 mit zwei Wohngeschossen, und unter den Wohnungen 68 mit zwei, 562 mit drei, 927 mit vier und 284 mit fünf Wohnräumen. 800 Neubauten sind Wohnhäuser, von denen 110 nur eine Wohnung, 167 zwei Wohnungen enthalten, also Ein- bzw. Zweifamilienhäuser sind. Weiterhin befinden sich unter den abgenommenen Neubauten 313 gemeinnütziger Art. Durch 208 Umbauten sind 264 Wohnungen gewonnen worden, darunter 2 durch Not- und Behelfsbau. Ferner sind fünf Umbauten abgenommen worden, durch die nur Wohnungsabgänge (8) erfolgt sind. An Gebäudeabgängen waren im Januar 30 Häuser mit 50 Wohnungen zu verzeichnen. Die Verhältnisse hat insgesamt einen Zuwachs von 2308 Wohnungen erbracht (Monat Januar 1927: 1736); davon entfallen auf die Städte Chemnitz 100, Dresden 492, Leipzig 85, Plauen 3 und Zwickau 68.

Kirchenaustritte und -eintritte in Sachsen.

Kein klares Bild.

Dem Landtag ist die von ihm geforderte Statistik über die Kirchenaustritte und -eintritte zugegangen. Das Statistische Landesamt teilt dazu u. a. mit: „Die Erhebung erfolgte in der Art, daß von den Standesämtern der befreien Städte unmittelbar, von den übrigen Standesämtern unter Vermittlung der Amtshauptmannschaften, aus einem Erhebungsformular Ausweisungen über die bei ihnen beurkundeten Austritte und Eintritte eingeholt wurden. Die so gewonnene Zahl der Kircheneintritte stellt nur einen Teil der Kircheneintritte dar, da die Standesämter von Kircheneintritten nur in den fällen Kenntnis erhalten, in denen aus einer Religionsgesellschaft Ausgetreiner in einer anderen staatlich anerkannten Religionsgesellschaft eintreten und von dem ihm zugeschennten Rechte, Streichung des beurkundeten Austritts und Beibringung eines entsprechenden Bemerts im Kirchenaustrittsverzeichnis zu beantragen, Gebrauch machen. Aus diesem Grunde wurden zur Ergänzung der standesamtlichen Anzeigen über die Eintritte von Seiten der Kirchenbehörden entsprechende Nachweisungen herangezogen. Nachweisungen der Religionsgesellschaften über die bei ihnen beurkundeten Eintritte zu beurkunden, war auch deshalb notwendig, weil ein großer Teil der Standesämter die Nachweisungen über die Eintritte auf Grund der Mitteilungen der örtlichen Kirchenbehörden gegeben hat. Daraus sind auch die auffälligen Unterschiede in den Zahlen der von den Standesämtern gemeldeten Eintritte zu erklären.“

Die auffällige Errscheinung, daß die Nachweisungen der Standesämter für die Eintritte vereinzelt höhere Zahlen enthalten als die des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums, wurde von diesem damit erklärt, daß einzelne Pfarrämter nur die Eintritte von konfessionsminddlichen Personen oder nur die aus anderen Religionsgesellschaften zur evangelisch-lutherischen Landeskirche erfolgten Übertritte, nicht aber die aus Dissidenzkirchen erfolgten Abstritte als Eintritte gezählt hatten. Vereinzelt waren auch infolge starker Überlappung der durch Abbau vermindernden lückhaften Bezeichnungen Unvollständigkeiten in den Buchungen enthalten.

Die Zahl der Austritte ist schwankend, erwies sich als unmöglich, da die Standesämter infolge der gezeitlichen Verhinderungen nicht in der Lage waren, Nachweisungen darüber zu geben und da auch von Seiten der Religionsgesellschaften keine ausreichenden Nachweisungen zu erlangen waren. Ein klares Bild des Umsangs der Ein- und Austrittsbewegung kann nach Ansicht des Statistischen Landesamtes nicht gewonnen werden, wenn die Zahlen der Ein- und Austritte summarisch in Beziehung zur Gesamtbevölkerung gesetzt werden. Die Beziehungszahlen der Aus- und Eintritte wurden für die konfessionen christlichen Religionsgesellschaften und das Auditorium nur für die Amtshauptmannschaften und die vier bzw. fünf größten Städte berechnet, da bei den kleinen Städten der unteren Verwaltungsbereiche sich ganz anomale Beziehungszahlen ergeben hätten.“

Wichtige Industriezweige des Handelskammerbezirks Dresden.

Im Monat März.

Metall- und Maschinenindustrie. Die Beschäftigung war ungefähr die gleiche wie in den Vormonaten. Vereinzelt ist es zu Arbeiterentlassungen gekommen, doch dürften solche Betriebs einschränkungen im wesentlichen auf Saison einflüsse zurückzuführen sein. — Kachelofenindustrie. Die anhaltende kalte Witterung verzögerte die erwartete Geschäftsbelebung. Bis jetzt war der Eingang von neuen Aufträgen gering. — Zellstoffindustrie. Die seit Monaten ungünstige Wirtschaftslage der Zellstoffindustrie hat sich nicht verbessert. — Papier- und Pappeindustrie. Die beteiligten Fabriken konnten zum größten Teil noch voll arbeiten. Das Auslandsgeäft blieb schwach. Für Schleifholz zogen die Preise leicht an. Die Pappefabriken lagen zum Teil über Mangel an Betriebswasser. — Industrie künstlicher Blumen. Der Absatz von Modeblumen wurde in der ersten Hälfte des Berichtsmonats durch die kalte Witterung zurückgehalten, in der zweiten Hälfte war er jedoch lebhaft und die Beschäftigung günstig. Die Nachfrage nach Dekorations- und Krantzblumen war besser als im Vorjahr. Die beteiligten Betriebe waren voll beschäftigt. — Damenhuftindustrie. Die Beschäftigung hat sich leicht gebessert; im großen und ganzen blieb aber die wirtschaftliche Lage der Damenhuftindustrie durchaus unbeständig. — Zigarettenindustrie. Beschäftigung und Wirtschaftslage waren gegenüber dem Vorjahr im allgemeinen unverändert. Durch die Schlüsselung des Reichstags sind die Zahlstellen für die Vandrohrensteuer stark verkürzt worden, ohne daß gleichzeitig das Geschäftsgebaren der Zigarettenhersteller im Sinne der bekannten Maiverfügung gezeitigt geregelt worden wäre. Die Zigarettenindustrie befürchtet von der Verkürzung der Zahlstellen mit gleichzeitigem Wiederaufladen der vollen Wettbewerbsfreiheit schwere Auswirkungen, namentlich für die Lebensfähigkeit der Mittel- und Kleinbetriebe. — Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Mit wenigen Ausnahmen wird über schlechten Absatz geklagt. Bei den mit der Herstellung von Osterbedarf beschäftigten Fabriken war das Geschäft in der ersten Hälfte des Berichtsmonats etwas lebhafter. Auch diese Firmen berichten aber, daß ihre Beschäftigung verhältnismäßig schwächer war als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Gestagt wird ferner über unzulängliche Preise, besonders für Tafelschokolade, in der Überangebot hervor.

Brände.

Am Montag abend brannten auf dem Grundstück von Emil Schröd in Lügau die Scheune mit Vorräten und die Stallung vollkommen nieder. Das angrenzende Wohnhaus konnte gerettet werden.

In Berlin ging am Sonntag in Abwesenheit des Besitzers das Anwesen des Landwirts Strobel in Flammen auf und brannte bis auf die Grundmauern nieder.

In der Nacht zum Montag brannte das Wohnhaus des Händlers Sturm in Oberlungwitz bis auf die Ummauern nieder. Als Brandursache wird Selbstzündung durch Eisenbeschafft vermutet.

In Umsewitz, unmittelbar an der Stadtgrenze von Dresden, brannte am Montag abend ein größerer Schuppen des Gärtnereidezibers Müller mit sämtlichen Vorräten nieder. Die polizeilichen Ermittlungen führten am Dienstag zur Festnahme eines in der Gärtnerei beschäftigten 35jährigen Gehilfen, der das Feuer aus Fahr lässigkeit verursacht haben soll.

Am Montag wurden die Lagerräume des Landesproduktions-, Holz- und Kohlengeschäfts Grande in Döbeln durch Feuer völlig vernichtet. Es wird Brandstiftung vermutet.

50 Jahre Dresdener Carola-Haus.

1878 — 15. April — 1928.

Das heutige Dresdener Stadtkrankenhaus „Carola-Haus“ kann am 15. April auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Das damalige Carola-Haus verdankt seine Begründung der Königin Carola von Sachsen, der Gattin des Königs Albert von Sachsen. Diese wollte dem von ihr im Jahre 1867 gegründeten Sächsischen Albert-Verein ein eigenes Krankenhaus erbauen lassen, das im Kriege als Militärlazarett und im Frieden der besonderen Ausbildung von Krankenpflegerinnen, der sogenannten Albertinerinnen, dienen sollte. Es war in der nach dem Siebziger Krieg zunächst wirtschaftlich unsicheren Zeit nicht leicht, genügend reiche Mittel zur Durchführung dieses Planes der sächsischen Königin aufzubringen. Trotzdem war es am 14. Oktober 1876 bereits so weit, daß man den Grundstein zu dem Dresdener Carola-Haus legen und darauf dessen fertig gewordene Hauptgebäude am 15. April 1878 in Gegenwart der Protaktorin des Albert-Vereins, der Königin, feierlich einweihen konnte.

Das vor einigen Jahren in städtischen Besitz nummeriert als Stadtkrankenhaus übergegangene einfache Carola-Haus erhebt sich in dem ausgedehnten Gelände zwischen der heutigen Gerol., der damaligen Blasewitzer Straße, und dem Tasberg einerseits, wie der Stephanien- und Arnoldstraße andererseits. Das Haupt- und Verwaltungsgebäude, hinter dem sich eine ausgedehnte Gartenanlage befand, umfaßte zunächst vier Pavillons, je in zwei Abteilungen zu 16 Betten, von denen bei der damaligen Einweihungsfeier zunächst nur ein Pavillon fertig war. Im Hintergrund des Areals und an seinen beiden Längsseiten wurden zwischen 1879 und 1880 noch drei weitere Krankenhäuser mit je zwei bis drei Stockwerken errichtet, zu deren Bau die Mittel durch die überzähligen Vereine in Sachsen wie auch durch Lotterien dieser Organisation ausgebracht wurden. Am Mittelpunkt des Grundstücks lagen, auch schon am Einweihungstage betriebsmäßig, Küche, Waschhaus, Maschinenhaus, Turnhallengebäude, Arzneivorräte und ein Laboratorium, das später noch durch ein Röntgeninstitut erweitert wurde. Im Jahre 1884 bewilligte die Stadt Dresden eine nennbare Geldsumme für den Bau eines Isolierhauses für Diphtheritis- und Scharlachkranken; 1903 wurde, im Garten isoliert gelegen, ein besonderes chirurgisches Operationsgebäude errichtet, das je einen großen Saal für aseptische und septische Operationen enthielt nebst besonderen Räumen für das Verbinden und entsprechende Badeanlagen. An der Stephanienstraße entstanden später weiter die Poliklinik für Frauen- und Augenkranke sowie eine eigene Hilfsstelle für plötzliche Erkrankungen und Unglücksfälle.

Der im Laufe der Jahrzehnte rüstig vorwärtschreitende Ausbau der gesamten Carola-Haus-Anlagen ließ, außer einem Pensionshaus für emeritierte Schwestern, noch 1906 eine Fürsorgeanstalt für Jugendliche Witwe persönlich einweihen hoffen. Bei dieser Gelegenheit sah man die Stifterin dieses vollzählerischen Dresdener Krankenhauses zum letzten Male an der Stätte ihres langjährigen Wirkens, die nun schon seit einem halben Jahrhundert im Dienste der Menschheit steht. E. H.

Schlafdienst.

Die Reichsliste der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 5. April. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, an die Spitze der Reichswahlliste Dr. Stresemann und Prof. Dr. Kahl zu setzen. Dr. Stresemann hat erklärt, daß er das Mandat für die Wahlkreise Ober- und Niedersachsen annehmen werde, wenn er dort gewählt werden sollte.

Urteil im Diebstahlsprozeß Wöhler.

Charlottenburg, 5. April. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Angeklagten Wöhler wegen fortgesetzter Diebstähle in Ministerien sowie wegen Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis, unter Auseinandersetzung von 6 Wochen Untersuchungshaft. Die Diebstähle im Preußischen Landtag konnten dem Angeklagten nicht einwandfrei nachgewiesen werden, und er mußte daher von diesem Teil der Anklage mangels Beweises freigesprochen werden.

Die Bekämpfung muß die Schießübungen einstellen!

Aachen, 5. April. Die Kreisbauernschaften haben den Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete, Freiherr von Langewiesch von Simmern, gebeten, bei der Besetzungsbehörde vorstellig zu werden, damit die Schießübungen, die in dieser Woche im Auelser Bezirk stattfinden sollen, unterbleiben. Auf den Schritt des Reichstagsausschusses bei den Besetzungsbehörden sind nunmehr die für diese Woche angelegten Schießübungen abgesagt worden. Eine endgültige Antwort steht noch aus.

Wahlrede Hergts in Schlesien.

Ziegnitz, 5. April. In einer Versammlung des Landesausschusses der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach Reichsminister Hergt über die Wahlen. Redner formulierte Forderungen für die Innenpolitik im Reiche, forderte auf wirtschaftlichem Gebiet die Abänderung unseres Handelsvertragsystems im Interesse des Binnenmarktes und trat auf ausßenpolitischen Gebiet für die Schaffung von Tatsachen in der Rheinlandeumung und in der Abrüstungsfrage ein. Letzter Endes liege das politische Schicksal Deutschlands heute in den Händen der Bauern.

Der Oldenburgische Landtag aufgelöst.

Oldenburg, 5. April. Der Oldenburgische Landtag beschloß seine Auflösung mit Wirkung vom 19. Mai 1928. Das Staatsministerium wurde ersucht, die Neuwahl zum Landtag mit den Reichstagswahlen am 20. Mai d. J. anzubauen.

Die Zentrumskandidaten für Westfalen.

Kamen, 5. April. Die Wahlkreisausschüsse der Zentrumspartei, haben die Reichstags- und Landtagskandidaten für Westfalen-Nord und -Süd aufgestellt. Unter den Reichstagskandidaten sind zu nennen: Karl Herold, Prof. Dr. Schreiber, Adam Stegerwald und Imbusch.



